Der Bürgermeister erklärt, dass man diesen Punkt schon lange vor den Haushaltsreden im Focus hatte und mit den Arbeiten an der Satzung begonnen habe. Der Kämmerer habe dies auch in den Fraktionsberatungen zum Haushalt thematisiert..

Herr Gräf hält eine Anpassung der Hundesteuer nach nunmehr zehn Jahren für angemessen, insbesondere im Hinblick auf die Haushaltssituation. Daher habe seine Fraktion dies auch in der Haushaltsrede angesprochen. Hinsichtlich der gefährlichen Hunde sei aber nicht nur die fiskalische Bedeutung zu sehen, sondern vor allem die Steuerungsfunktion. Die Steuererhöhung sei allerdings ein so großer Sprung, dass man eine Staffelung vorschlagen wolle. Die FDP schlage daher vor, in 2012 nur 50 % des neuen Steuersatzes zu erheben und ab 2013 den vollständigen. Ebenso sei seine Fraktion der Meinung, die Ausnahme in Beschlussvariante b) zu streichen. In Bezug auf die Anmeldepflicht für Hunde schlägt er vor, noch einmal über Presse und Öffentlichkeitsarbeit in die Offensive zu gehen, um zu vermitteln, dass Hunde grundsätzlich anzumelden und steuerpflichtig sind. Hierbei könne man auf eine bevorstehende Hundeerhebung hinweisen.

Unter Bezugnahme auf den in Beschlussvariante b) genannten Ausnahmetatbestand fragt Herr Meeser nach der Art des Nachweises.

Frau Sonntag erklärt, dass es sich in diesen Fällen um eine durch einen Sachverständigen durchgeführte Wesensprüfung nach Landeshundegesetz handelt. Nach deren erfolgreicher Absolvierung werde für den betreffenden Hund eine Maulkorb- und Anleinplicht entbehrlich. Dieser Nachweis werde dann zur Bemessung des Steuersatzes herangezogen. In der Gemeinde Eitorf gebe es zur Zeit vier gefährliche Hunde im Sinne Landeshundeverordnung und weitere 13 Hunde, die aufgrund ihrer Rasse ähnlich eingestuft seien (z.B. Rottweiler). Ergänzend verweist Frau Sonntag auf das Verfahren in anderen Gemeinden. Dort sei in Hundesteuersatzungen ein Bestandsschutz integriert. Hiermit solle u.a. vermieden werden, dass Hundehalter ihre Tiere aussetzen oder im Tierheim abgeben.

In weiteren Wortbeiträgen wird auch die Problematik der Hundehaltung- und -erziehung angesprochen.

Herr Sonntag erklärt, dass seine Fraktion die Variante b) des Beschlussvorschlages mit der dort formulierten Ausnahmeregelung favorisiere. Wer den Nachweis bzw. den erfolgreich abgeschlossenen Wesenstest erbringe, müsse steuerlich auch begünstigt werden.

Herr Liene gibt zu bedenken, dass der Wesenstest ja nur eine Bestandsaufnahme vom Zeitpunkt „x“ sei. Wie sich der Hund wenige Jahre später gebärde, könne niemand im Vorfeld wissen.

Herr Gräf spricht auch den finanziellen Aspekt an. Würden knapp 20 Hunde von einem Bestandsschutz profitieren, mache dies beim vorgesehenen Steuersatz einen erheblichen Anteil aus.

Im weiteren Verlauf der Aussprache äußert sich auch Herr Langer in diese Richtung.

In der weiteren Diskussion ist vor allem die Gestaltung eines möglichen Bestandsschutzes Thema.

Nach Erörterung verschiedener Modelle fasst der Bürgermeister zum Ende der längeren Aussprache zusammen und stellt fest, dass Beschlussvariante a) die weitergehende ist, da hierbei der höchste Steuersatz erzielt werde. Deshalb werde er zunächst hierüber abstimmen lassen.

Aus der Diskussion heraus zeichne sich bei den meisten Fraktionen ein Konsens ab, einen Bestandsschutz mit dem „Stichtag Ratsbeschluss 11.07.2011“ in die Satzung zu übernehmen. Hierbei stellt er fest, dass der betreffende Hund bis zu besagtem Stichtag bei der Gemeinde angemeldet sein muss. Für diese Hunde gelte ein Steuersatz von 50 % des regulären Steuersatzes nach Satzung. Werde dieser Konstellation bei der bevorstehenden Beschlussfassung entsprochen, erübrige sich die Abstimmung über weitere Alternativen.

Nachdem Klarheit über den Abstimmungssachverhalt besteht, lässt der Bürgermeister abstimmen.